

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Hormürts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-3 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Hamburg im Reich voran!

Die Bürgerschaftswahlen. - Riesenverluste der Rechten und der KPD. - Einziger Gewinner: die Sozialdemokratie.

Hamburg, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am Sonntag ergab trotz des besonders in den letzten Tagen nach der Reichstagsauflösung außerordentlich starken Kampfes einen Rückgang der Wahlbeteiligung. Fast 100 000 Wähler weniger als bei der Reichstagswahl am 4. Mai haben ihr Wahlrecht ausgeübt. Es haben nur rund 67 Prozent der Wähler ihre Stimme abgegeben. Trotz dieses starken Rückganges in der Wahlbeteiligung konnte die Sozialdemokratie ihre Stimmenzahl noch steigern, während der Rückgang bei den Deutschnationalen und besonders bei den Völkischen katastrophal ist.

Die Deutschnationalen verlieren rund 31 000 Stimmen oder 25 Prozent gegenüber dem 4. Mai.

Die Völkischen verlieren 24 400 oder rund 65 Prozent.

Eine schwere Niederlage hat auch die kommunistische Partei erlitten, die 35 700 Stimmen oder rund 30 Prozent gegenüber dem 4. Mai verloren hat.

Die Demokraten konnten ihre Stimmenzahl nicht ganz halten. Bei dieser Verschiebung gegenüber dem 4. Mai konnten die Sozialdemokraten ihren Stimmenanteil von 27 auf 33 Prozent erhöhen, wobei in Betracht gezogen werden muß, daß die Sonderlisten (Mietliste, Wohnungsuchende usw.) eine ganze Anzahl Stimmen proletarischer Wähler auf sich zogen.

Das Gesamtergebnis ist folgendes:

Table with 4 columns: Party Name, Votes, Percentage, and Previous Votes/Percentage. Includes Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten, Volkspartei, Deutschnationale, Völkische, Zentrum, and Unabhängige.

Von der Sonderliste erhielten: Mieter 6982, Wohnungsuchende 3495, Gewerbetreibende 6652, Freie Wirtschaftsbund 2296, Grundeigentümer 2736, 412 Stimmen zerstückelten sich auf zwei Außenseiterlisten.

Das neue Landesparlament wird nach dem vorläufigen Wahlergebnis folgende Zusammensetzung haben: Sozialdemokraten 53 Sitze, Demokraten 22 Sitze, Kommunisten 24 Sitze, Volkspartei 22 Sitze, Deutschnationale 28 Sitze, Zentrum 2 Sitze, Völkische 4 Sitze, Mieter 2 Sitze, Gewerbetreibende 2 Sitze, Wohnungsuchende 1 Sitz.

Wenn das Wahlergebnis vom 4. Mai zugrundegelegt wird, ergibt diese Zusammensetzung für die Sozialdemokratie einen Gewinn von 7 Sitzen. Die Demokraten gewannen 1 Sitz, die Volkspartei 2 Sitze, wogegen die Deutschnationalen 5 Sitze, die Völkischen und Kommunisten je 6 Sitze verloren. Gegenüber der bisherigen Stärke der Partei nach der Wahl von 1921 verliert allerdings die Sozialdemokratie 16 Sitze. Die Kommunisten gewannen gegenüber 1921 7 Sitze, die Deutschnationalen 10 Sitze, was aber weitgemacht wird durch den Verlust der Volkspartei von 9 Sitzen. Die Demokraten verlieren 1 Sitz. Die Verschiebung ergibt sich daraus, daß bisher von den Völkischen, die bisher nicht vertreten waren, 4 Sitze und von den bisher ebenfalls nicht vertretenen Sonderlisten 5 Sitze errungen wurden. Das Wahlergebnis zeigt, daß der Stamm der Sozialdemokratie von 1921 zwar noch nicht wieder erreicht ist, daß aber die reaktionäre Welle ebenso wie die kommunistische gegenüber der Reichstagswahl 1924 stark abgeebbt ist. So betrachtet, ist das Vorgefährde für den 7. Dezember in Hamburg ein verheißungsvoller Anfang. Die 6 Wochen bis zur Reichstagswahl werden weitere Klärung bringen und die Stellung der Sozialdemokratie gegenüber der Reaktion von rechts und links stärken!

Vorläufige amtliche Ergebnisse:

Hamburg, 27. Oktober. (WVB.) Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis der gestrigen Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft wurden im Wahlkreis I (Stadtgebiet) 501 024, im Wahlkreis II (Landgebiet) 33 029 gültige Stimmen abgegeben.

Die Demokraten erhielten im Stadtgebiet 66 983 Stimmen, 20 Sitze, im Landgebiet 3517 Stimmen, 1 Sitz.

Sozialdemokraten 162 282 Stimmen, 49 Sitze bzw. 11 074 Stimmen, 4 Sitze.

Mieterbund im Stadtgebiet 7048 Stimmen, 2 Sitze, im Landgebiet keine Stimme, keinen Sitz.

Deutsche Volkspartei 66 868 Stimmen, 20 Sitze bzw. 7736 Stimmen, 3 Sitze.

Unabhängige Sozialisten im Stadtgebiet 1591 Stimmen, keinen Sitz, im Landgebiet keine Stimmen, keinen Sitz.

Wohnungsuchende 3419 Stimmen, 1 Sitz, bzw. 82 Stimmen, keinen Sitz.

Nationalsozialisten 12 817 Stimmen, 4 Sitze, bzw. 763 Stimmen, keinen Sitz.

Kommunisten 76 090 Stimmen, 24 Sitze, bzw. 2567 Stimmen, keinen Sitz.

Gewerbetreibende im Stadtgebiet 3700 Stimmen, 2 Sitze, im Landgebiet keine Stimmen, keinen Sitz.

Freier Wirtschaftsbund im Stadtgebiet 2307 Stimmen, keinen Sitz im Landgebiet, keine Stimmen, keinen Sitz.

Zentrum 8106 Stimmen, 2 Sitze, bzw. 389 St., keinen Sitz.

Deutschnationale 83 522 Stimmen, 26 Sitze, bzw. 6901 Stimmen, 2 Sitze.

Hanseaten im Stadtgebiet 88 Stimmen, keinen Sitz, im Landgebiet keine Stimmen, keinen Sitz.

Grundelgentümer im Stadtgebiet 2842 Stimmen, keinen Sitz, im Landgebiet keine Stimmen, keinen Sitz.

Volkswirtschaftsbund im Stadtgebiet 264 Stimmen, keinen Sitz, im Landgebiet keine Stimmen, keinen Sitz.

F. Kl. Hamburg, 27. Oktober.

Die gestrigen Sonntagswahlen in Hamburg sind über ihre lokale Bedeutung weit hinausgewachsen. Sie sollen die Bürgerschaft neu bestimmen, die im Stadtstaat Gemeindevertretung und Landesparlament zu gleicher Zeit ist. Sie haben aber gleichzeitig ein Urteil gefällt über die Bürgerblockapostel und ihre kommunistischen Zutreiber. Dieses Urteil ist von vernichtender Klarheit und eindeutiger Schärfe.

Hamburg war überschwemmt von Flugchriften und Plakaten. Besonders die Deutschnationalen ließen noch am Tage vor der Wahl aus rasenden Automobilen gleich ballenweise ihre papiernen Aufrufe - buchstäblich - auf die Straße werfen. Schrie eines ihrer Plakate den Passanten ins Gesicht: „Es hat zwölf geschlagen für die schwarzrotgoldene Rathauswirtschaft“, so rief eines ihrer Flugblätter zum Gerichtstag auf, weil die Reichsregierung im Verein mit Zentrum und Volkspartei die Futterkrippenfehlsucht nicht erfüllt, sondern „zweimal ihr Wort gebrochen habe.“ Deshalb rufen die Stimmverkäufer den Wählern zu:

„In der Republik Deutschland kann eine Regierung zwei fest gegebene Versprechen brechen, wie wir eben erlebt haben. Bei unseren Vorfahren, den alten Germanen, wurde den Wortbrüchigen die rechte Hand abgehakt. Einen solchen Wortbruch könnt Ihr nicht dulden. Der erste Gerichtstag, an dem Ihr wieder Euer Urteil sprecht, ist der Sonntag, der 26. Oktober, der andere Gerichtstag ist der Reichstagswahltag am 7. Dezember. Fragt die Führer und Parteien und Wortbrecher hinweg. Der 26. Oktober soll in Hamburg erste Antwort an den Reichspräsidenten Ebert und an seine Regierungsparteien erteilen.“

Nun ist der erste Gerichtstag vorüber. Was war sein Ergebnis? Der Ekel vor der Bestimmungslumperei der Bürgerblockler hat eine Wahlmüdigkeit von bedauerlichem Ausmaß erzeugt. Waren schon bei den Maiwahlen in Hamburger Stadtgebiet auf rund 800 000 Wahlberechtigten nur etwa 600 000 zur Urne gegangen, so blieben diesmal weitere 80 000 Wähler einfach zu Hause. Die Wahlbeteiligung im ganzen sank, aber der Verlust kommt fast einzig und allein auf das Konto der Deutschnationalen, der Völkischen und der Kommunisten. Die Deutschnationalen büßten allein im Stadtbezirk Hamburg die Kleinigkeit von 30 000 Stimmen ein - das ist fast ein Drittel ihrer Stimmen! Und selbst im Landgebiet mußten sie einen Rückgang von 7500 auf 6470 verzeichnen. Ihre Kumpane mit dem ganz echten Hafentanz, die rein Völkischen sind allerdings noch mehr zusammengehauen worden. Sie haben von ihren 37 000 Stimmen kaum noch ein Drittel wieder einfangen können. Und die Kommunisten, die ihr Schuldkonto gerade in Hamburg durch den Otoberaufstand besonders belastet haben, teilen das Geschick ihrer deutschnationalen Gegenspieler. Sie hatten am 4. Mai ihre Stimmenzahl bis auf 114 000 hinaufgebracht und gehen heute heim mit einem Verlust von 35 000 Stimmen.

Auch die Demokraten, die bisher mit unseren Genossen in der Bürgerschaft eine republikanische Regierungskoalition bildeten, haben einen kleinen Verlust zu verzeichnen, der aber mehr auf das Konto einer Unzahl von neu aufgetauchten Splitterparteien kommt. Dagegen hat die Sozialdemokratie, die vernichtend geschlagen werden sollte, gegen die sich aller Haß von rechts und links in besonderer Wut wendete, sich nicht nur im Sturm gehalten, sondern trotz allgemeiner Wahlmüdigkeit ihre Stimmenzahl noch erhöhen können. Während sie am 4. Mai im Stadtgebiet Hamburg nur 173 587 Stimmen mußerte, erzielte sie diesmal 174 532 Stimmen, hat also bei dem allgemeinen Wahlrückgang noch 1000 Stimmen gewonnen.

Die Sozialdemokratie hat also bei dem ersten Gerichtstag in Hamburg so gut abgeschnitten, daß es der „Fraktion Halb und Halb“ die Sprache verschlagen wird. Die Sozialdemokratie ist an diesem Gerichtstag Gewinnerin des Prozesses gewesen. Sie ist die einzige, die Stimmen gewann, alle anderen aber erlitten Verluste, ganz besonders die Ankläger, die auf hohem Ross einhertrabten und sich jetzt im Sande wiederfinden, um ihre Glieder zu reiben.

Ist die Hamburger Wahl in irgendeiner Beziehung ein Vorzeichen für die Reichstagswahl, dann deutet sie auf einen katastrophalen Niederbruch derer hin, die die Abstimmung über Schicksalsfragen des Volkes, zum schmählichen Schachergeschäft machen wollten und die über Wortbruch wehklagen,

weil sie nicht an die Futterkrippe können, einen Niederbruch auch bei den Kommunisten. Sie hatten Hamburg als ihre Hochburg erklärt. Hier spielte sich die Tragödie ihres Oktoberputsches von 1923 ab, der Hunderte von Opfern forderte. Hier hofften sie, die Sozialdemokratie endgültig zu erledigen. Sie sind erledigt. Ein Drittel ihrer Wähler ist einfach zu Hause geblieben. Nur ein kleiner Teil vielleicht hat jetzt schon den Weg zur Sozialdemokratie zurückgefunden. Die Kommunisten schreiben über Zuchtstauswahlen, über Ausnahmezustand und Pressefesselung. Aber der Ausnahmezustand ist aufgehoben, ihr schon verbotenes Blatt auf Intervention der Sozialdemokraten wieder freigegeben, und doch der Zusammenbruch der blutigen Phrasen! Die Bürgerblockler wollten in Hamburg ein Fanal für das Reich anzünden. Es ist zu einem Fanal für die Republik geworden. Sie wollten die Probe aufs Exempel machen, die Rechtschwengung der Wählermassen demonstrieren. Die Wähler haben die Hagardeure mit Hieben heimgeandt. Sie haben gezeigt, wie man es am 7. Dezember im ganzen Reich machen muß. Der Hamburger Gerichtstag soll daher nur ein Vorspiel sein für den Gerichtstag, der im Dezember hereinbrechen wird über alle, die der Republik als Feinde gegenüberstehen.

Zwar hat sich bei der Wahl in Hamburg der Besitzstand der Parteien um einiges verschoben. Die glatte Mehrheit, die bisher Demokraten und Sozialdemokraten zusammen hatten, werden sie nicht mehr ohne Zugang aus den Kreisen der Splitterparteien bilden können. Aber wenn man bedenkt, daß nach den Stimmzahlen am 4. Mai die Sozialdemokraten etwa 46 Bürgerchaftssitze bekommen hätten, die Demokraten 21, so zeigt sich der Wechsel seit den Reichstagswahlen, daß nach den bisherigen Feststellungen die Sozialdemokraten 53 und die Demokraten 22 Bürgerchaftssitze erhalten werden. Die Hoffnungen der Deutschnationalen sind zerschanden. Der Senat, den sie zum Rücktritt zwingen wollten, wird keine Urteile haben, zugunsten der Schwarzweißroteten vorzeitig zurückzutreten. Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrumsvertreter und die Mietervereiner, die auf besondere Listen gewählt sind, werden es zweifellos ablehnen, zugunsten der Deutschnationalen einen Regierungsruf in Hamburg herbeizuführen.

Wahlaustakt in Bayern.

Demokraten geschlossen gegen Deutschnationale. - Die Deutschnationalen bleiben gespalten.

München, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag tagten in München die Landesvertretungen von vier politisch Parteien: die der Bayerischen Volkspartei, die mit ihren Beratungen noch nicht zu Ende gekommen ist, ferner die Deutschnationalen, der Völkische Block und die Demokraten. Das Ergebnis der Beratungen der Demokraten wurde in einer Entschließung niedergelegt, in der es u. a. heißt: Der Landesausschuß der Deutschdemokratischen Partei in Bayern billigt mit dem Ausdruck des außerordentlichen Vertrauens die von der Reichstagsfraktion seit Jahren mit Zähigkeit verfolgte Politik, da diese Politik allein zur Einleitung des politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus Deutschlands geführt hat. Der Landesausschuß dankt der Reichstagsfraktion, daß sie nicht ihre Hände zur Sabotierung dieser Politik durch den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung geboten hat. Weiterhin fordert der Landesausschuß alle Parteimitglieder auf, sich geschlossen hinter die Reichspartei zu stellen. Diese Geschlossenheit gilt es um so mehr zu wahren, als es sich für die Partei in Bayern in historischer Mission vor allem darum handelt, den Reichsgedanken gegen alle Unterminierungsversuche hochzuhalten und zu verteidigen. Den eingehenden Darlegungen des Reichswehrministers Gehler war zu entnehmen, daß zwischen ihm und der Demokratischen Partei keinerlei grundsätzliche Meinungsverschiedenheit besteht. Gehler, ebenso Hann und Sparrer wurde der Dank ausgesprochen dafür, daß sie trotz abweichender Meinung in einer Frage der Taktik der Partei in entscheidender Stunde die Treue gehalten haben.

Bei den Deutschnationalen wurde nach einem Referat des Abgeordneten Strathmann, der den jetzigen Wahlkampf als die Entscheidung zwischen den Deutschnationalen und der Sozialdemokratie bezeichnet, Tirpitz wiederum als Spitzenkandidat aufgestellt.

Die Völkischen tagten in Anwesenheit Ludendorffs, der auch in die Debatte eingriff. Es wurde beschlossen, die Organisation des Völkischen Blocks umzusetzen in „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung Großdeutschland, Landesverband Bayern“. Dabei wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß sich sämtliche Einzelgruppen in diese Oberorganisation eingliedern, so daß in Zukunft andere Verbände nicht mehr anerkannt werden. In einer besonderen, sehr scharf gehaltenen Entschließung wurden „die ehrgeizigen und völkischen Treiber Efers und Streichers (Großdeutsche Volkspartei)“ auf das entschiedenste verurteilt und beide als nicht mehr zur Reichsorganisation gehörend bezeichnet. Dadurch ist die völkische Bewegung offiziell gespalten. Als Spitzenkandidat für den Wahlkreis Oberbayern-Schwaben wurde wiederum der Abgeordnete Fried, der bekannte Rutsch des 9. November, aufgestellt, für Niederbayern-Oberpfalz ein gewisser Rahl, für Franken ein Landwirt und für die Pfalz Bürgermeister Heß.

Der Reichsparteitag des Zentrums.

Als Vorkriegstag zum Reichsparteitag des Zentrums der heute vormittag begann, fanden den ganzen Sonntag über Vorstandsberatungen statt. Im Laufe des Vormittags tagte der Reichsparteivorstand und der Vorstand der preussischen Zentrumspartei. Nachmittags um 3 Uhr folgte eine Sitzung dieser beiden Instanzen mit den Provinzialvorständen und Generalsekretären. In beiden Sitzungen hielt der Parteivorsitzende, Reichskanzler Marx, das Referat über die Politik der Zentrumspartei, in dem er vor allem die Ereignisse nach dem 29. August behandelte. In der Diskussion der Nachmittagsitzung nahm besonders Dr. Wirth das Wort zu einer großen Rede, in der er die Haltung des linken Flügels der Zentrumspartei im Reichstago verteidigte. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns vertrat ebenfalls ausführlich den Standpunkt der Zentrumsmehrheit, daß die Deutschnationalen, nachdem sie die Richtlinien des Kanzlers angenommen und sich für die Durchführung des Londoner Pakties erklärt hätten, in die Regierung hätten aufgenommen werden müssen. Unter anderem sprach auch noch der Abgeordnete Boos. Die Diskussion zog sich bis in die Abendstunden hin. Nachdem die Haltung der Partei in den letzten Wochen besprochen worden war, beschloß man sich mit den Fragen der Vorbereitung und der Stellung zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Heute vormittag trat dann der Reichsparteitag des Zentrums zusammen. Die Programmrede hielt:

Reichskanzler Dr. Marx.

Er führte unter anderem aus: Unser Recht auf Leben als Nation verlangt ein freies Deutschland, frei von Ketten, frei von militärischer Bewachung, verlangt ein Großdeutschland, in dem die ganze deutsche Nation vereinigt ist, verlangt ein Deutschland mit Kolonien, damit dieses friedliche Deutschland Abfall- und Auswanderungsgebiete für Rohprodukte und Waren hat. Dieses heilige Recht, als freie Nation zu leben, haben wir nicht verwirkt. Deutschlands Alltagsarbeit am Kriege ist eine Rür. Wir erstreben die Befreiung vom Schuldbekenntnis nur aus moralischen Gründen. Es wäre eine unheilvolle Selbsttäuschung, wenn wir annehmen wollten, der Schaden, den uns nicht die Allerschuld am Kriege aufgebürdet werden kann, würde auch zur Folge haben, daß wir unserer Verpflichtungen aus dem Versailles Vertrag ledig würden. Leider ist dieser Irrtum weit verbreitet und, wie ich fürchte, für manche Kreise der Hauptgrund, diese Frage mit solcher Eile zu betreiben.

Der Kanzler kam dann auf die Reparationsfrage zu sprechen, die nach Abschluß des Londoner Vertrages endlich in die Bahn einer ruhigen und leidenschaftslosen Entwicklung gebracht sei, die aber mit dem Bondener Vertrage noch nicht zum Abschluß gekommen sei. Der Vertrag bringe in sich den Keim, der zu Verbesserungen, zu vollkommenen Lösungen dränge. Die Abrüstungsfrage sei zurzeit nur einseitig gelöst. Die Siegerstaaten hätten bei der fünften Völkerbundversammlung in Genè ebenfalls den Willen zur Abrüstung bekundet, möge sie uns Werk gehen. Deutschland sei zur logischen Mitarbeit im Völkerbund bereit, auch wenn dem mit dem Versailles Vertrag geschaffenen Völkerbund noch mancherlei Unvollkommenheiten anhaften.

Auf die innere Politik übergehend, bezeichnete es der Kanzler als eine Pflicht, sich freudig zur Verfassung zu bekennen.

Die demokratische Idee der Volksgemeinschaft stöße leider auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Und doch liege in dem Streben nach der großen Volksgemeinschaft die große Aufgabe und das große Ziel der deutschen inneren Politik. Das Zentrum dürfe nicht grundsätzlich das politische Zusammengehen mit Rechtsgerichteten verweigern, wenn diese nur vorbehaltlos die Verfassung als rechtsverbindlich anerkennen. Es verwerfe aber auch ebensowenig grundsätzlich ein Zusammengehen mit der sozialdemokratischen Partei. Das gemeinsame Erstreben politischer Ziele bedeute nicht irgendwelche Aufgeben weltanschaulicher Grundzüge. Die Zentrumspartei werde bestrebt sein, gerade den sozial bedrückten Schichten wieder das Gefühl menschlicher und nationaler Wertschätzung zu geben. Hoher der weltanschaulichen und sozialen Gliederung, die allzu leicht auseinanderföhre, stehe der natürliche Wille der deutschen Nation, ein Volk zu sein, ein deutsches Volk zu sein, eine Schicksalsgemeinschaft, eine Volksgemeinschaft zu werden. Diesen natürlichen Willen leuchtendsten scheinbar Erstreben, die aus dem Landmannschaftlichen Lager herfließen. Der Kanzler warnte davor, die Be-

griffe Zentralismus und Föderalismus zu Schlagworten werden zu lassen. Warnung habe mit den gleichen Dingen zu kämpfen gehabt, er habe die Frage machtpolitisch gelöst; wir müßten versuchen, sie gesinnungspolitisch zu lösen. Das Ziel sei klar: es sei nur in nationaler Gliederung in einem demokratischen Deutschland zu erreichen.

Schwarz-Rot-Gold sei nicht Verfeinerung und Verfeinerung von Schwarz-Weiß-Rot, sondern das Symbol für das politische Streben, das gesamte deutsche Volk in natürlicher Gliederung ohne Vormachtstellung eines einzelnen Teiles zusammenzuführen.

Der Kanzler kam ausführlich auf die Wirtschaft, Sozial- und Finanzpolitik zu sprechen. Die deutsche Regierung sei zurzeit bemüht, durch den Abschluß von Handelsverträgen der deutschen Volkswirtschaft die ihr gebührende Stellung in der Weltwirtschaft zu verschaffen. Bei den Verhandlungen solle sie sich leiten von der Ueberzeugung, daß der Export oberste Forderung für uns sei. Es sei zurzeit noch stark umstritten, ob der Schutz der nationalen Arbeit am besten durch Schutzzölle oder durch Freihandel mit Finanzzöllen gesichert sei. Die Frage bedürfe für die Zukunft ruhiger, sachlicher Prüfung. Die Regierung sei unter bestimmten Voraussetzungen entschlossen, das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren; die jetzige Regelung der Arbeitszeit dürfe nur als Nothbehelf angesehen werden. Die dritte Steuer-Notverordnung habe die Eigentumsansprüche eines großen Teiles des deutschen Volkes vorläufig zurückgestellt. Es müsse eine ernste Sorge bleiben, zu überlegen, ob in fernem Zukunft die Möglichkeit bestehe, diese berechtigten Ansprüche zu befriedigen. Aufgabe der Politik bleibe es, neue Anordnungen zu ermöglichen. Eine ernste Sorge bleibe auch die Wohnungsfrage. In der Gestaltung eines neuen einheitlichen Arbeitsrechtes werde eifrig gearbeitet. Im letzten Jahre habe die Bilanzierung des Staatshaushalts nur durch steuerliche Eingriffe in die Erträge der deutschen Wirtschaft erfolgen können.

Die Steuerfrage müsse in Zukunft gelockert werden.

Eine andere Frage sei, ob nicht eine Vereinfachung des Steuersystems und der Steuerermäßigung möglich sei.

Nach einigen Ausführungen über Kulturpolitik schloß der Kanzler: Noch kämpft das deutsche Volk um seine Weltstellung im Kampf der Völker. Noch ist kein Staatsgebiet nicht frei von ausländischer Besatzung, noch ist keine Wirtschaft und keine Währung aus äußerer Bedrohung. Die Pflicht der Selbsterhaltung, die dem Staatswesen ebenso wie dem einzelnen als ständige und rechtliche Pflicht obliegt, zwingt uns zunächst, für die Wiederaufrichtung und Verstärkung des Hauses selbst zu sorgen. Die innere Einrichtung mag einseitig noch mangelhaft und verbesserungsbedürftig bleiben. Noch immer handelt es sich um Leben und Sterben des deutschen Volkes, um die Erhaltung der Einheit des Reiches. Die im letzten Jahre beobachtete Politik der Verständigung, der Annäherung vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den übrigen Staaten, auch mit denjenigen, mit denen wir im ungeliebten Weltkriege die Waffen getrennt haben, hat unbefriedigbare Erfolge gezeitigt. Es wäre geradezu ein Verbrechen am deutschen Volke, würde dieser Weg verlassen werden. Beim kommenden Wahlkampf muß mit aller Entschiedenheit die Bedeutung der Außenpolitik in den Vordergrund gestellt und eine Zusammenfassung des Reichstages erstrebt werden, die eine Fortsetzung dieser Politik gewährleistet.

Reichsbanner in Front! Republikanertage im Westen.

Am 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am gestrigen Sonntag sah Düsseldorf eine glänzende Kundgebung für die deutsche Republik. Die auch in Düsseldorf schon seit kurzer Zeit bestehende Organisation des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hatte aus Anlaß ihrer Bannerweihe die Republikaner zu einer Kundgebung aufgefordert, die an Beileitung, Wucht und Geschlossenheit von imponanter Wirkung war. Aus dem Wuppertal, aus dem Bergischen Lande, dem Industriebezirk, vom Niederrhein und vom Mittelrhein waren die Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold nach Düsseldorf gekommen, um in einer von strenger Disziplin gehaltenen Demonstration zu zeigen, daß auch im Westen Deutschlands der deutschen Republik Verfeindeter erstanden sind, die mit Gut und Blut das Werk von Weimar führen wollen. Den Auftakt dieses großen Tages bildete eine große, übermältigende Kundgebung im Apollotheater, in der der Vorsitzende des Reichsbundes republikanischer Studenten, Dr. Walter Kolb aus Bonn, die Bannerschilde. Am Nachmittag formierten sich dann die Massen des Reichs-

banners zu einem Massendemonstrationszug durch die Straßen Düsseldorf. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hat sich, das hat der Sonntag in Düsseldorf gezeigt, auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet durchgesetzt.

Wanne, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag, den 26. Oktober, fand in Wanne der erste Republikanische Tag im westlichen Ruhrgebiet statt, der sich zu einer machtvollen Kundgebung für die Republik gestaltete. Den Höhepunkt des Tages bildete die eindrucksvolle Kundgebung auf dem Marktplatz, verbunden mit der Bannerweihe der Ortsgruppe Wanne, und der daran anschließende Festzug. Tausende von Mannschaften waren herbeigekleidet, um die Macht des Reichsbanners in Erscheinung treten zu lassen. Die Straßen waren mit unzähligen schwarzrotgoldenen Fahnen geschmückt. Einen stimmungsvollen Rahmen für den Aufmarsch der republikanischen Schutzgruppe bildete die republikanische Bevölkerung in Wanne, die in über tausenden Spalier auf den Straßen und Plätzen bildete. Das Ehrenausgangsglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Graf Harry Keffler, nahm die Bannerweihe vor. Ein kräftiges Ja aus tausenden Reihen antwortete ihm auf die Frage, ob alle gewillt wären, der schwarzrotgoldenen Fahne bis zum Tode zu dienen. Sodann nahm der Kamerad Bierhäuser aus Berlin das Wort und kennzeichnete die nationalpolitische Bewegung, der in den letzten Monaten im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eine gemaltige Gegenorganisation entstanden sei. Er betonte, daß neben der Stärke der Zahl (das Reichsbanner umfaßt jetzt schon über 3 1/2 Millionen Mitglieder) auch die geistige Stärke wachsen müsse.

Mannheim, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fand in Rosbach ein von über 4000 Reichsbannerleuten besuchter unterbadischer Republikanertag statt. Bei der Kundgebung am Marktplatz sprachen ein Vertreter der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokraten. Der Vertreter des Zentrums forderte seine Parteifreunde auf, sich dem Gedanken des Reichsbanners gegenüber nicht absetzend zu verhalten und positiv am Schutze der Republik mitzuarbeiten. — Gleichzeitig fand in Breisach bei Freiburg (Oberbaden) ein oberbadischer Republikanertag statt.

Aufmarsch in Erfurt.

Weimar, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Stadt Erfurt wurde am Sonntag der Schaulust eines imposanten Aufmarsches des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold anlässlich der Bannerweihe der dortigen Ortsgruppe. Über 10000 Reichsbannerleute mit annähernd hundert Fahnen marschierten auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz vor dem Dom auf, wo die Weihe des Erfurter Banners vorgenommen wurde. Unter den Gästen bemerkte man Vertreter der städtischen und staatlichen Behörden. Als Vertreter der preussischen Regierung wohnte Regierungspräsident Liebenow der Weihe bei. Die würdige Festschreibe des Staatsanwalts Dr. Elling-Gienach löste namentlich an der Stelle große Zustimmung aus, wo auf die Wähler verwiesen wurde mit der Betonung, daß sie unter dem Zeichen der Reichsfarben ausgesprochen werden sollen. Als Vertreter des Bundesvorstandes nahm Dr. Bärensprung-Magdeburg die Weihe des Banners vor. Der thüringische demokratische Abgeordnete Professor Dr. Krüger, ein alter Demokrat und Anhänger der schwarzrotgoldenen Farben, widmete den im Weltkrieg Gefallenen Worte des Gedankens, worauf die Versammlung formierte sich der Festzug, an dessen Spitze eine starke Fahnenabteilung marschierte. Die Reichsbannerleute versammelten sich später in zwei Bataillen zu einem kameradschaftlichen Volksmessen. Abgesehen von keinen Verwechslungen der Kommunisten, die Entartung zu fördern, nahm die Bannerweihe einen prächtigen Verlauf.

Der Pazifist in der Ehrenlegion.

Paris, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Präsident der Liga für Menschenrechte, Paulson, wurde von der französischen Regierung mit ausdrücklicher Anerkennung seiner Verdienste um die Demokratie und um die Sache des Friedens und der Völkerverständigung zum Großoffizier der Ehrenlegion ernannt.

Die Vergangenheit.

Von L. Doerre.

Sie hatte alles Erinnern ausgelöscht! Die Vergangenheit war tot; die blauen Wünsche, die sich aus ihrem früheren Leben bisweilen empörten wollten, ersticken im festen Willen zur Arbeit. Wie es eigentlich kam, das mußte sie selbst nicht, es war plötzlich da! Aus dem Unbewußten hatte sich die Sehnsucht nach einem anderen Leben gelöst, die tiefe Sehnsucht, die zum Entschluß wurde und sie aus allem, was sie umgab, aus dem Häßlichen und dem Schmutzigen, den sie erst jetzt schmerzhaft fühlte, hinweghob. „Du kommst wieder. Wir wollten es alle schon, aber die Menschen lassen es nicht zu.“ das und Ähnliches sagten die anderen beim Abschied zu ihr. Und die „Mutter“ lachte ihr breites, gemeines Lachen, als sie ging. „Auf Wiedersehen, Ihr kommt alle wieder, dist nicht die erste.“ Dann fand sie Arbeit, aber als die Freunde sich langsam herzwogte, wurde sie jäh zerrissen. „Es geht nicht, ich kann Sie nicht weiter beschäftigen.“ „So eine, wie Sie —“, sie würgte alle diese bitteren Worte, alle Verachtung herunter und — suchte weiter. — Und immer wieder dasselbe Lied, — erst die Angst, die jeder Tag brachte, die neben ihr stand, bis — sie Wahrheit wurde, dann die Worte, die ihr erbarmungslos den Weg dahin zurückwiesen, woher sie gekommen war. Kannten die Menschen denn überhaupt Erbarmen? Wußten sie denn alle nichts vom Schicksal, das den Menschen verfallen läßt? Kannten sie alle nicht die Not, die so stumm macht? — Zahl arbeitete sie in einer Spielzeugfabrik. Rote und blaue Kreidchen malte sie den Affen an, daß die Augen schmerzten. — Und wenn sie zwischen dem bunten Spielzeug, das vor ihr zum Trodnen ausgebreitet lag, ein lachendes Kindergesicht auftauchen sah, verschwand es in der Grimasse der Angst. Jeder Tag wurde zur Qual des Unabwendbaren. Der Schreck ließ sie erblaffen, wenn sie ihren Namen nennen hörte. Bierzehn Latsen waren schon vergangen. Blicke hatte man sie doch schon vergessen. Blicke unterließ die Anfrage. Blicke! „Sie sehen zum Chef kommen.“ Das Erschauern kämpfte in ihr mit der Qual der Erkenntnis. Rangam, wie zerschunden erob sie sich und ging. Warum mußten sie ihr alle es immer erst sagen. Warum gaben sie ihr nicht die Papiere und ließen sie gehen. Freuden sie sich an der Scham, die ihr brennend ins Gesicht stieß, oder wollten sie „so eine“ die sich wieder zu ihnen gewagt hätte, genau ansehen? — Sie schloß sich in Traur ein. „Es ist angefragt worden von der.“ der Chef räusperte sich, „von der Stenotypistin.“

Sie sah ihn stumm an. „Ich sage es Ihnen, weil —“ — „Ich gehen soll. Ich gehe schon, ich gehe dahin zurück, woher ich kam. Ich kann nicht mehr.“ Sie brach in hilfloses Weinen aus. „Ich sage es Ihnen, weil ich nicht will, daß Sie weiter Angst haben, denn es ist doch nicht das erstemal, daß die Mitteilung gemacht wird. Ich allein weiß davon, niemand soll es erfahren. Sie bleiben.“ Sie sah ihn starr an, als begriffe sie die Worte nicht. „Also Sie können denken, und alles nur unter uns.“ Sie durfte bleiben, sie durfte arbeiten, weil —, ihre Gedanken strotzten vor dem Unfassbaren —, weil sie einen Menschen gefunden hatte, der nicht in der Verlogenheit der bürgerlichen Moral erstarrt war. Einen Menschen. Und die anderen? Sie begriff nicht mehr. Die Gedanken jagten sie von Erlebnis zu Erlebnis, bis — die tiefe Scham erwachte. Die tiefe Scham! Nicht vor ihrem Leben, sondern vor der Unabwendbarkeit vieler, die sich Menschen nannten.

Die geweihte Vereinsfahne.

Die Angehörigen des 8. Chevauleger-Regiments (man spricht „Schwoloß-Regiment, was französisch ist, deutsch heißt es „Reiches Reiterregiment“) in Kempen im Allgäu beschaffen sich eine Standarte. Und in der St. Lorenzkirche zu Kempen wurde sie geweiht durch den hochw. Vater Richard vom Kapuzinerloster in Kempen. Die Predigt war eine rechte Kapuzinerpredigt, weil seine hochw. Kapuzinerpater eine andere Predigt als eine Kapuzinerpredigt nicht halten kann. Und weil die Predigt auf alle Anwesenden einen „Heissen und nachhaltigen Eindruck“ machte, druckt die Zentrumspresse des Allgäus die „hehrwürdige Ansprache“ ab. Ueber die Bedeutung der Fahnenweihe sagte nach der Veröffentlichung der hochw. Vater Richard: „Ein Wicht ist der, der die Treue bricht. Wir haben Tage gesehen, wo Treubruch als heiliges Gut gepriesen wurde. Uful der Schande! Die deutsche Revolution war ein glatter Treubruch, sie war ein Meißel. Die Revolution ist ein Schandmal am deutschen Namen und die Mäher der elden sind Treubrucher. Diese Herrschaften haben der deutschen Treue keine Ehre gebracht.“ Und die Schlussworte dieser schilen Kapuzinerpredigt lauten: „Wir müssen wieder zurückkehren zur Religion und Einfachheit, zu Arbeit und Pflichtbewußtheit, zur Treue, zu jener Treue, die ihre Wurzel in Gott hat. So daß es aus unserer Brust spontan hervorbricht mit dem Ruf: Für Gott, König und Vaterland!“ Die früheren Chevauleger müssen ob dieser Weltpredigt für ihre Fahne außerordentlich angegriffen gewesen sein, und sie werden sich wohl vorgenommen haben, pflichtbewußt noch mehr als bisher zu arbeiten und sich täglich mindestens zwei Maß Bier und einen Raitich am Rande abzugeben. — Hoffentlich wird sich die Predigt auch nach der Richtung hin aus, daß der Kogelklub und der Schnupfverein und der Bierbrauerverein „Cambrinus“ ihre neue Fahne oder Standarte in der St. Lorenzkirche durch den hochw. Vater

Richard weihen lassen. Denn was dem Schwoloßschö recht ist, ist dem Kogel billig. Blicke! nimmt er sogar die Weihe der neuen Fahne des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold vor, weil unter die er bisher die Republik doch wahrhaft geschätzt wird, und weil unter dieser Fahne die hochw. Väter und ihr Kloster doch allerlei Fortschritte erreicht haben, die ihnen lange vornehmten waren. R. B.

Aufführung von Shelley. Der englische Dichter Shelley, der vor 100 Jahren erkrankt, ist in Deutschland bisher nur durch die schlechten Uebersetzungen seiner in wider Schönheit geschriebenen Verse bekannt geworden. Kurt Eisner hat ihn unter die großen Revolutionäre und die geistigen Köpfe des sozialistischen Gedankens gerechnet. Sein Schauspiel „Cenci“, das in der Uebersetzung von Wolfenstein, jetzt im Schauspielhaus in Frankfurt a. M. als erste deutsche Schellen-Aufführung über die Bühne ging, ist dem großen Haß gegen die Welt entworfen, jener Byron-Stimmung der Verweissung, die damals die obere Defabenz empfand. Es sind die Verbrechen der römischen Renaissancefamilie der Cenci, die aufgeführt; Borgia-Läten, durch die die Söhne getötet, die Tochter geschändet, der Vater gemordet, Frau und Fräulein aufs Rad geschickt werden. Dies alles geschieht aber, weil darin Gott gesucht wird, der an der äußersten Grenze der Natur wohnt. Die gigantische, aber auch dramatisch kassende Jerrifendheit des Werks lehnte sich in der von Dr. Buch gezeichneten Aufführung zu der viele auswärtige Gäste erschienen waren, an die Vorbilder der neueren Rachel-Ansagen an. S. v. S.

Vollständiger Volkoper. Bühnenvollständiger. In dem Sonntagstheater „Der Rumbi um das Deutsche Opernhaus“ ist einmal reichlich aus dem Aktien der „Vollständiger“ die Rede. Wie der Zusammenhang aus deutliche ergibt, handelt es sich um die „Vollständiger“. — Bei der Gelegenheit sei nachgeholt, daß die Christlich-Nationalen, die das Dramatische Theater übernommen haben, dem „Bühnenvollständiger“ angehörend, der hier füglich als Vollständiger bezeichnet wurde. Die Organisation der freien Vollständiger heißt bekanntlich „Vollständigerbundes“. Die Rehnlichkeit läßt gelegentlich zu Vermischungen, aber — an ihren Präzisen werdet ihr sie erkennen.

Eine neue Professur für Völkertunde. Auf Antrag der philosophischen Fakultät der Universität Frankfurt hat der Preussische Kultusminister dem Wissenschaftler Probenius den Vorschlag für Völkertunde an der dortigen Universität erteilt. Probenius hat auf seinen zahlreichen Reisen in Afrika ein tiefes Material gesammelt, das er in seinem Völkertunde-Wissenschaften abgibt. Besonders hat er Märchen, Sagen und Geschichten der Eingeborenen abgelaßt. Seine manchen sehr hüben Annahmen über Herkunft und Wanderung der afrikanischen Völkern und Kulturen werden von der jüngsten Wissenschaft zum Teil sehr lebhaft angesehen.

Reichspräsident und Schillerfest. Der Reichspräsident hat der Deutschen Schillerfestung zur Unterstüzung deutscher Dichter und Schriftsteller eine jährlich wiederkehrende Zuwendung von 10000 M. aus dem Dispositionsfonds bewilligt.

Dezember Cade veranstaltet in den Räumen der Buch- und Kunsthandlung Reuth & Pollack, Weinedelstraße 1, eine Ausstellung letziger Schillerfestung nach Kollens aus Hildesheim, Hildesheim, Capel, Jule of Wight ufm. Die Ausstellung wird am Montag, den 27. Oktober, nachm. 5 1/2 Uhr, eröffnet. Dr. Paul Suter wird einleitende Worte sprechen. Eintritt frei.

Gewerkschaftsbewegung

Transportarbeiterlöhne in der Metallindustrie.

Annahme der Vereinbarung.

Über die Lohnverhandlungen der Transportarbeiter zwischen Metallarbeitern und dem Verband Berliner Metallindustrieller beendete in einer Funktionärerversammlung am Sonntag Fromke vom Deutschen Verkehrsband. Als Unterlage für seine Ausführungen diente ihm das Verhandlungsergebnis, worüber im „Vorwärts“ vom Sonnabend morgen ausführlich berichtet war.

Auf die vom Verkehrsband eingereichten Forderungen der Transportarbeiter erklärte der BVMd., daß sie ihm als Verhandlungsgrundlage völlig ungeeignet erschienen. Trotzdem wolle man zwar nicht mit dem Verkehrsband allein, wohl aber mit dem Metallarbeitern verhandeln. In den Besprechungen am Dienstag und Freitag spielte die Familienzulage eine große Rolle. Die Verbände erklärten sich mit ihrer Abschaffung einverstanden, wenn der Grundlohn eine angemessene Aufbesserung erfahren würde. Das Angebot der Unternehmer, in allen Klassen einen Mindestlohn von 45 P. zu zahlen, ging von dem im März festgelegten Löhnen von 35 P. für die Stunde aus, ohne zu berücksichtigen, daß inzwischen durch Schiedsprüche und Einzelverhandlungen Lohnaufbesserungen — wenn auch in geringer Höhe — gewährt worden waren. Man wollte offenbar die Zugeständnisse möglichst hoch erscheinen lassen. Nach langen Verhandlungen gefanden die Unternehmer schließlich zu, die Familienzulage durch eine allgemeine Erhöhung der Stundenlöhne abzulösen. Kinderreichen Arbeitnehmern werde „wohlwollende Berücksichtigung“ zugesagt. Auf den Mindestlohn sollte sich dann in den Betrieben die Mehrzahlung für einzelnen Arbeiter nach ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Qualifikation ausbauen. Da während der tariflosen Zeit vom BVMd. schon ähnliche Anweisungen gegeben wurden, die aber in der Praxis nie Anwendung fanden, weil in den Transportarbeitern immer noch „unproduktive“ Arbeiter erlistet werden konnte sich das Metallwerk mit einer solchen Regelung nicht einverstanden erklären.

In der Verhandlung am Freitag kam dann schließlich die eingangs erwähnte Vereinbarung zustande, die Fromke als völlig ungenügend bezeichnete, die aber nach Ansicht der Obleute aus den Betrieben doch die Möglichkeit bietet, auf tariflich festgelegten Löhnen in der Zukunft aufbauen zu können.

Die Aussprache benutzte ein Teil der Versammlungsteilnehmer, das Ergebnis abzuhaken. Andere Redner und auch Fromke legten ihnen, daß es richtiger sei, nach dem Vorstoß der Obleutenkonferenz das Abkommen anzunehmen, um es später unter der Mitwirkung einer gut organisierten Transportarbeiterkammer auszubauen. Die Zustimmung zu dem Abkommen erfolgte durch die Annahme einer formulierten Erklärung.

Verminderung der Erwerbslosenziffer.

Die Zahl der unterstühten Erwerbslosen im Deutschen Reich (einschließlich der besetzten Gebiete) hat in der ersten Oktoberhälfte eine Abnahme um rund 40 000, nämlich von 513 000 auf 473 000, erfahren. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist von 463 000 am 1. Oktober auf 427 000 am 15. Oktober, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 50 000 am 1. Oktober auf 46 000 am 15. Oktober zurückgegangen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Angehörigen unterstützter Erwerbsloser) hat sich von 649 000 auf 598 000 verringert.

Wenn die Abnahme der unterstützten Erwerbslosen im gleichen Tempo weiter vor sich ginge, dann hätten die letzten Erwerbslosen

Aussicht nach einem halben Jahr in Arbeit zu kommen. Hoffentlich geht dieser Abbau fortan rascher vor sich.

„Arbeitermangel in der Landwirtschaft!“

Vom Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung“ Nr. 500 vom 23. Oktober einen Artikel, in dem in rührender Weise über den Arbeitermangel gellagt wird, der sich gegenwärtig in der Magdeburger Börde, der Gegend des intensiven Rübenbaues bemerkbar machen soll. So seien in einem Betrieb des Kreises Neuhaldensleben (der Name wird eigenartigerweise verschwiegen) von 54 verheirateten Landarbeiterfrauen in diesem Jahre nur zwei zur Arbeit erschienen. Auch auf dem Rittergut Hundsbürg bei Neuhaldensleben, auf dem seit Jahren zugunsten der einheimischen Arbeiter keine ausländischen Wanderarbeiter beschäftigt werden, hätten sich in diesem Jahre nicht genügend Arbeitskräfte eingestellt. Der Arbeitermangel habe keinen Grund einerseits darin, daß die Landarbeiterfrauen mit dem Getreideprodukt der Männer eine größere Kleinrenterhaltung betreiben, als vor dem Kriege, und andererseits, daß die Hergebe von Siedlungs- und Deputatoder veranlaßt hat, daß die Landarbeiter als freie Bauern gerade in der Zeit der Ernte für ihre Arbeitgeber weniger Zeit hätten, da sie zunächst auf das Herbeibringen der eigenen Ernte bedacht seien. Aus alledem ergebe sich die Tatsache, daß für den deutschen Rübenbau die deutschen Arbeiter nicht genügen und wohl über ausländische Wanderarbeiter in genügender Zahl herangezogen werden müssen.

Wer nicht ganz blind ist, wird den Zweck dieser Klammotiv verstehen. Man will mit ihr auf die zuständigen Stellen einen Druck ausüben und erreichen, daß sie sich für eine stärkere Herannahme ausländischer Wanderarbeiter einsetzen. Wenn man hierzu gerade den jetzigen Augenblick benutzte so erklärt sich das aus der Tatsache, daß in den allernächsten Tagen die entscheidenden Beratungen in dieser Sache mit den Vertretern der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer und Arbeitgeberorganisationen geführt werden.

Gegen den Druckversuch, der im übrigen eine Glosse auf das Deutschland unserer Herren Landwirte darstellt, muß entschieden Front gemacht werden. Nach den bisher gesammelten Erfahrungen reicht die Zahl der in diesem Jahre herangezogenen ausländischen Wanderarbeiter vollkommen aus. Das Gegenteil wird auch nicht mit den Feststellungen bewiesen, die in dem Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ gemacht werden. Wir wagen, frei und offen zu behaupten, daß die Gründe, die dort für das Fernbleiben der einheimischen Arbeitskräfte von der Landwirtschaft angeführt werden, nur sehr nebensächlicher Natur sind. Nach unseren Beobachtungen erklärt sich die Abneigung gegen eine Arbeit in der Landwirtschaft und vor allem gegen eine Arbeit in der Bördegegend durch die Art, in der die dortigen landwirtschaftlichen Arbeitgeber heute Lohnpolitik machen und die Arbeiter behandeln. Anstatt zu überlegen, welche Löhne heute in der Industrie gezahlt werden und die Lohnforderungen der Arbeitnehmerorganisation unter dem Gesichtswinkel dieser Löhne sorgfältig zu prüfen, setzt man sich einfach auf das hohe Ross, geht über die Lohnforderungen mit einer leeren Geste hinweg und zahlt Stundenlöhne, die weit hinter den in der Industrie üblichen Löhnen zurückbleiben. Erheben die Arbeiter dagegen Einspruch, behauptet man einfach, sie seien „Kommunisten“ und trumpft gegen sie mit der ganzen Kraft eines landwirtschaftlichen Arbeitgebers auf. Es sei nur auf die letzten Lohnverhandlungen im Bördebezirk verwiesen und der Beweis für diese Behauptungen ist erbracht.

Auf diese Dinge sollten die Behörden, insbesondere die Reichsarbeitsverwaltung, einmal hinweisen, bevor sie sich dazu her-

geben, auf die Klagen der landwirtschaftlichen Arbeitgeber über Arbeitermangel einzugehen. Es lassen sich bei der immerhin noch beachtlichen Arbeitslosigkeit einheimische Arbeitskräfte in genügender Anzahl finden, sofern man zur daran denkt, ihnen das zu geben, worauf sie als Arbeiter Anspruch haben.

Papierarbeiter Deutschlands!

Die vereinigte Direktion der Papierfabriken Barzin, Hammermühle und Rathsbammig sucht in der Fachzeitschrift der Unternehmer „Maschinenführer, Kalanderschneller usw. besserer Qualität“.

Briefe der Direktion an die Behörden sind uns in die Hände gefallen, worin man den Behörden bittet, daß man keine Aufträge habe, um die Arbeiter vollaus zu beschäftigen.

Wir warnen hiermit noch einmal alle in- und ausländischen Papierarbeiter, Maschinenführer usw., kein Arbeitsangebot für Rathsbammig anzunehmen.

Die von der Direktion an die Behörden gerichteten Briefe werden im „Proletariat“ veröffentlicht.

Die Zeitschrift des Papierarbeiterverbandes, Steint, Nr. Oberst. 18/20.

Ausperrung in den Stettiner Altbauwerken.

Die Schweißerei der Altbauwerke in Stettin haben wegen abgelehnter Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt, worauf die gesamte Belegschaft, etwa dreihundert Mann, ausgesperrt wurde.

In der Lohnbewegung der Hamburger Staatsarbeiter hat der Zentralausschuß in Berlin einen Schiedspruch abgegeben, wonach die Verhandlung bis zum 6. November vertagt wird. Darüber herrscht bei den Staats- und Gemeindearbeitern große Unzufriedenheit. Der Vertreter des Hamburger Senats bei den Verhandlungen in Berlin hat jedoch die bindende Erklärung abgegeben, daß der am 6. November zu fallende Schiedspruch rückwirkende Kraft bis zum 12. Oktober haben soll.

Die Hamburger Hafenarbeiter, die im Verkehrsband organisiert sind, haben das mit dem Hafenbetriebsverein abgeschlossene Lohnabkommen zum 30. Oktober gekündigt. Die bis jetzt zwischen den Parteien geführten Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen, da die Arbeitgeber unter Hinweis auf schlechte Geschäftslage jegliche Lohnhöhung ablehnen. Auch die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß waren bis jetzt ergebnislos, doch soll im Laufe dieser Woche nochmals vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt werden.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe Gemeindebedürden, Sektion nichtständige Angestellte. Dienstag, den 28. abends 7 Uhr. Mitgliederversammlung im Hansernde Hof, Neue Friedrichstr. 25. Funktionärerversammlung um 8 Uhr im gleichen Saal.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Morgen, Dienstag, nachm. 5 Uhr, in den Zentral-Festhallen, Alte Infanteriestr. 1. Versammlung unserer in den „Spil-“ und „S. D. S.“-Bezirken beschäftigten Mitglieder. Bericht über die Tarif- und Lohnverhandlungen. Die Vorstandswahl.

Zentralverband der Maschinisten und Feiler. Morgen, Dienstag, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Engelstr. 24/25. Versammlung aller in den Betriebsstellenbeschäftigten Kollegen, sowie auch derjenigen, die nach demselben Lohnstarif einbezogen werden. Da die Lohnfragen besprochen werden, ist es notwendig, daß jeder dienstfreie Kollege erscheint. — Am Donnerstag, den 30. Oktober, abends 7 Uhr, bei Pöter, Berlin, Weberstr. 17, kleiner Saal, Versammlung sämtlicher Feiler und Maschinisten der Metallindustrie. Es wird dringend darum erucht, daß jeder dienstfreie Kollege erscheint. Die Ortsverwaltung.

Abteilung Schuhmacher, Richtung Amsterdam! Zusammenkunft aller Amsterdamer Genossen heute abends 6 Uhr bei Pöter, Weberstr. 17a. Vortrag: „Die gegenwärtige Gewerkschaftsbewegung und unsere Aufgabe“.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Gaternus; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Götzen; Feuilleton: Dr. John Schimanski; Solales und Sonstiges: Erik Karkhöt; Anzeigen: H. Glöck; Druck: H. Glöck; Druckerei: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Walthalla
am Rosenthaler Tor
Großes Internationales
Varieté-Programm!
Anfang 8 Uhr
Preis: 0.40 0.60 1.- 1.50 usw.

Reichshagen-Theat.
Abends 8 U. u. Sp. nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Neu Mutter auf Reisen
Sam. halbe Fr. u. mit Handorgel
Dönhoff-Brettel: Herrlich.
Prog. 1.
A-1. 7%. Populäre Preise.

Berliner Uik-Trio
Neukölln. Lahnstr. 74/75 L.
Strickwesten
a. Jacken 8 12.20 17 30, reine Wolle
Ueber 200 Stk. v. d. kleinsten Kindergr.
b. s. zur größten Weite ständig a. Lager
Bloyles sämtl. Fabrikate
zu Originalpreisen.
Bruno Richter & Co., Fabr.-Nägl.
Thüring. Wollwaren — Hin.-Pankow
Mühlenstr. 1, Ecke Breite Str.

Geeths-Bühne
Klosterstr. 43
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die natürliche TOCHTER
Preis: 7.- 5.- 3.-
Abonn. 12.00
halbe Kassapreise

Hermann Nebeling, unserm lieb.
Hartelgen, herzl. Gratulation u. Woll-
nung sein. 30. Lebensj. Zwei Freunde

WINTERSPIEL
Varieté-Spielplan
Lachen garantiert!

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr Tägl. 7 1/2 Uhr
Zigeunerliebe
Musik von Franz Lohar

Oefen, Herde
aller Systeme, neu
u. gebraucht Bade-
einrichtungen so-
fort aufstellbar.
Max Lachmann N.
N 54, Lottaring Str. 11
Nordend 1897.

Dezimalwagen
Tafelwag., Geschichte,
Billigste Preise. Laden Lagen
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
Eins. Ladung
Keine Schaufenster-
Reklame, dafür we-
sentl. billigere Preise!

Jedem
Geschmack
gerecht zu werden, war von jeher unser Bestreben. Unsere Riesenauswahl bürgt dafür, daß auch Sie voll und ganz befriedigt werden.

Affenhaut-Mäntel mit Pelz, wie Abbildung **38⁰⁰**
Velours-Mäntel mit Pelz garniert **25⁰⁰**
Flusch-Mäntel in der neuen, kleidsamen Mode **10⁵⁰**

Gabardine-Kleider in allen modernen Farben **29⁰⁰**
Seidenfrikot-Kleider mit Pelzbesatz **12⁵⁰**
Breitschwanz-, Sealplüsch- u. Bibereffe-Mäntel in bekannter Güte.

Oskar Wollburg
BERLIN N + BRUNNENSTR. 56 u. 57

ist dies und das darauf -- kauf!

Schinck PALMIN
Cocoas-Speiseerheit

Verkäufe
Teppich - Schrauer verkauft neuen
Teppich Teppiche, 2x3, 30.- an.
Reifen, Dimandieren, Bettvorlagen,
Euchterstoffe zu festhalt billigen
Preisen, Glöcker Strohk. sechs, Rein
Eben.
Kasemann Nähmaschinen für Hausge-
brauch und Gewerbe, Teppichlana, Re-
paratur-Werkstatt für alle Systeme.
Emil Barthel G. m. b. H., Friedrich-
straße 32a, Berlin 6888.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Bericht nach Geschäftsbesitzer-
Branntstraße 4, Berlin 6177.
Damenmäntel, Fluschmäntel 6.90,
9.30, Tuchmäntel 8.30, Stoffmäntel
16.-, Affenhautmäntel 19.-, Gabardine-
Mäntel, festlich, Riesenauswahl,
Werkstatt, Wägen, Reimschleier, 44,
Borsdorfmarkt, Borsdorfmarkt.

Reichshagen Friedrichstraße 2 belebt
Reise, Garderobe, Böden, Brillanten,
Gold- und Silberwaren.
Wille Reife, großes Lager getragener,
nur erstklassiger erhaltener Winter-
jacken, Jodettjacken, Curawoolljacken, Smoking-
anzüge, Gehrockanzüge, Frackanzüge,
Paletots, zum Teil auf Seide, Socialität:
Bauchanzüge, Kolumba Preise bei
Schneidm. Schillerstraße 108, Boden,
direkt hochhehnen Crantienstraße.

Monatgarberbe. Täglich großer
Verkauf von Anzügen, Paletots, Hän-
deln, Curawooll, Fracks, Smoking-
anzüge, von feinsten Herrschaften nur wenig
gebrochen. Gelegenheitskäufe in alle-
besten neuer Garderobe eigener Her-
stellung, konformlos billig. Ver-
kauf: Bannentstraße 3, Rosenthalerstr.

Musikinstrumente
Pianos preiswert, Klaviermangel,
Viol. Brunnenstraße 33.
Mus 400.- sehr neue Pianos, ge-
brauchte 300.-, Viol. Neudän. Cen-
terstraße 80.

Kaufgesuche
Kocherher kauft Lindenstraße 19
Preismanometer, Photoapparate kauft
Kant. Blücherstraße 36

Verschiedenes
Verkaufswolle Wollw. Verkauf
hochwertiger Feinwollstoffe, feinsten
Seidensamt, S. D. Silberstein, Berlin,
Gröbke 8408, Rosenthalerstr.

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Einige ungelernete
Arbeiterinnen
zwischen 18 und 30 Jahren,
Neu wegen Begehr einer Betriebs-
abteilg. geg. gute Bezahlung nach ein
Spinnstoffabrik Zehlendorf G. m. b. H.
Ortsteil Schönow bei Teltow.
Persönliche Meldungen mit Steuer-
buch, Qualifikations- und letzter Ar-
beitsbescheinigung, vom. von 9-10 Uhr.